

Die politische Unwahrhaftigkeit der DKP-Programme

Nur taktische Verschiebungen vom Düsseldorfer zum Mannheimer
Programm

Prof. Dr. Fritz Vilmar, geboren 1929 in Insterburg, studierte Theologie, Rechtswissenschaft und Soziologie in Marburg, Hamburg, Göttingen und Frankfurt. Nach dem Studium war er in der politischen und gewerkschaftlichen Erwachsenenbildung tätig, er arbeitete von 1959 bis 1970 in der Abteilung Bildung beim Vorstand der IG Metall. Seit 1970 hat er Forschungsaufträge zu den Problemen „Gesellschaftliche Demokratisierung“ und „Humanisierung der Arbeitswelt“ durchgeführt. Seit 1975 ist er Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Mitbegründer der „Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus“, Mitglied der Grundwertekommission der SPD.

Es gibt zur Zeit eine nicht geringe Anzahl von Linken in diesem Land, die sich offen oder insgeheim zur DKP bekennen, da diese nach ihrer Auffassung als einzige linke Partei noch eine klare sozialistische Linie verfolgt. Offensichtlich haben diese Linken — auch und gerade als Gewerkschafter — weder das Düsseldorfer noch das neue, taktisch geschicktere Mannheimer Programm der DKP von 1978 jemals gründlich studiert. Die durchgängige politische Schizophrenie der DKP-Ideologie, nämlich einerseits für den Sozialismus - andererseits für die Sowjetunion als sozialistisches Vorbild einzutreten, einerseits für, andererseits gegen einen parlamentarisch-demokratischen Weg zum Sozialismus, bringt alle (meist durchaus gutgläubigen) DKP-Anhänger in eine Nähe zum sowjetsozialistischen Diktatorsystem und in eine zwielichtige Haltung zur Demokratie, die sie und die Organisationen, in denen sie Funktionen ausüben, völlig unglaubwürdig, ja verfassungsfeindlich erscheinen lassen. Besonders (junge) Gewerkschafter müssen erkennen, daß die - anti-eurokommunistische — DKP sie in eine verhängnisvolle politische Sackgasse treibt. Dies soll im folgenden konkret nachgewiesen werden.

Idealisierung des Sowjetsozialismus

Es ist das Verhängnis der westdeutschen KP, daß sie bis heute die Kraft oder den Mut für die eurokommunistische Wende ihrer Politik nicht gefunden hat. Mehr als das: daß sie die sowjethörigste KP Europas geblieben ist. Es ist dies ein Verhängnis

vielleicht sogar auch für die Situation der Linken und des Sozialismus in diesem Land: Denn die DKP könnte, als moskauunabhängige Partei, mit ihren durchaus ernst zu nehmenden, über SPD-Forderungen erheblich hinausgehenden sozialistischen Programmelementen, durchaus zu jener konsequent-sozialistischen politischen Alternative avancieren, die es in der gegenwärtigen westdeutschen politischen Kultur nicht gibt. Die gegenwärtige DKP aber kann diese Alternative, wie auch die Wahlergebnisse immer neu bestätigen, nicht sein, solange sie in zynischer Nichtachtung der biographischen und politischen Lebenserfahrungen der Menschen in Deutschland auch in ihrem Mannheimer Programm von 1978 (S. 7, 10, 84, 86, bes. 88¹) wie bereits in ihrem Düsseldorfer Parteiprogramm von 1971 (These 17) die Sowjetunion und die von ihr abhängige Staatengruppe zum politischen Idol erhebt. Diese Gruppe und insbesondere die Sowjetunion wurden bereits 1971 zum Vorbild einer sozialistischen Ordnung, zum „Garanten des gesellschaftlichen Fortschritts“ hochstilisiert, dessen Anerkenntnis das „Kriterium jedes wirklichen Kommunisten“ sei - das heißt praktisch: verbindliche Richtschnur DKP-loyaler politischer Theorie und Praxis. Zunächst wurde der osteuropäischen Staatengruppe kollektiv dieser Vorbild-Charakter zugesprochen: „Die Erfolge der sozialistischen Länder . . . sind Ausdruck . . . der breit entfalteten sozialistischen Demokratie, der wirklichen Freiheit. Die sozialistische Staatengemeinschaft entwickelt sich so zum Vorbild einer künftigen weltweiten Gemeinschaft freier Menschen.“ Zwar treten geschichtliche Schwierigkeiten beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in dieser Gruppe auf, aber sie „beweist immer aufs neue, daß sie alle Voraussetzungen besitzt, um auftretende Schwierigkeiten im Interesse des Volkes und des weiteren Fortschritts zu lösen. Die Hauptkraft der sozialistischen Staatengemeinschaft . . . der wichtigste Garant . . . des gesellschaftlichen Fortschritts war, ist und bleibt die Sowjetunion . . . Die DKP hält es mit Ernst Thälmanns Wort, daß die positive Einstellung zur Sowjetunion das Kriterium jedes wirklichen Kommunisten ist . . . Die Interessen der Arbeiterklasse erfordern die enge Verbundenheit und Solidarität mit der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft.“

Im Mannheimer Programm von Oktober 1978 finden sich alle diese Loyalitätsbekundungen gegenüber der vorbildlich-sozialistischen Sowjetunion und ihrer osteuropäischen Staatengruppe wieder, weitgehend wörtlich, teilweise jedoch mit interessanten kleinen sprachlichen Veränderungen, die offenbar dem Wunsch entsprechen, die 1971 formulierte *totale* Untertänigkeit gegenüber der Sowjetunion im neuen Programmtext zu vermeiden. So ist die zitierte Ergebniseitsbekundung aus dem Zentrum des Programms in einen der letzten Abschnitte gerutscht (S. 88) - die Bindung („Verbundenheit“) an die Sowjetunion wird nicht mehr erforderlich genannt, sondern „nur“ noch „im Interesse aller fortschrittlichen Kräfte“ liegend- anstelle des bedingungslosen Kotau vor der Sowjetunion („positive Einstellung“) als

I Parteivorstand der DKP (Hg.), Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, Düsseldorf 1978.

„Kriterium jedes wirklichen Kommunisten" wird „nur" noch gefordert: „Die DKP sieht — getreu dem Vermächtnis Ernst Thälmanns — die Haltung zur Sowjetunion als entscheidenden Prüfstein für jeden Kommunisten an . . ." Aber diese geringfügigen, programm-kosmetischen Operationen ändern nichts am Kern der Sache: der absolut kritiklosen Unterwerfung der DKP unter die ideologische und politische Herrschaft der KPdSU und ihrer Agentur in der DDR, der SED: „Beständig pflegt sie vor allem ihre Verbundenheit mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands . . ." Denn: „Unter Führung der SED gestalte(t) . . . das ganze Volk der DDR die entwickelte sozialistische Gesellschaft und stärken auf deutschem Boden den realen Sozialismus" (S. 89). Dieser, das heißt das totalitäre staatswirtschaftliche System in Osteuropa, wird von der DKP im grundlegenden ersten Teil des Mannheimer Programms, ohne jede kritische Einschränkung und Distanz, mit Sozialismus gleichgesetzt und als die positive, vorbildliche Alternative dem westlichen, kapitalistischen System gegenübergestellt: Die russische Oktoberrevolution „war ein Wendepunkt in der Geschichte der Menschheit. Sie machte den Sozialismus . . . zur lebendigen Wirklichkeit" (S. 9). Dieser „reale (!) Sozialismus ist die größte Errungenschaft der Arbeiterklasse" (S. 10). Und „wie in der Vergangenheit, so sind auch künftig der Vormarsch des Sozialismus . . . unlöslich mit dem Wirken der Sowjetunion als Wegbereiter des Fortschritts der Menschheit (!) verbunden". Auch in Westdeutschland?

Der Schaden, der durch solche, auch nicht durch den Schatten einer kritischen Analyse in Frage gestellten Idealisierung des „sozialistischen Lagers" und speziell der Sowjetunion einer Theorie und Praxis sozialistischer Politik zugefügt wird, ist immens. Infolge der maßlosen Überschätzung und Schönfärberei der „real"-sozialistischen Substanz Osteuropas büßen die DKP und ihre „Nebenorganisationen" Glaubwürdigkeit ein und verdammen sich selbst zu politischer Wirkungslosigkeit — oder aber zur Strategie des verdeckten Einfluß- beziehungsweise Machtgewinns in nichtkommunistischen Organisationsformen — bis hin zur faktischen Machtübernahme. Beides wirkt sich gegen sozialistische Theorie und Praxis aus: Im Falle langfristig bedeutungslos bleibender Splitterpartei-Existenz verdammt es wertvolle Kräfte und Stimmen zu politischer Wirkungslosigkeit und schwächt zugleich die Kraft relevanter linker Organisationen — im Falle des „verdeckten Kampfes" wird in den unterwanderten Organisationen und Redaktionen mit dem Mittel der Tarnung politisch gearbeitet. Damit aber geraten Kommunisten unabwendbar in das Zwielicht von Illegalität und Verfassungsfeindlichkeit und provozieren zwangsläufig eine Politik staatlicher und organisationspolitischer Abgrenzung sowie „Aussperrung".

Die Idolisierung des Sowjetsystems zum prinzipiellen politischen Vorbild aller „wirklichen" Kommunisten verursacht aber einen vielleicht noch verheerenderen Schaden in sozialistischer Theorie und Praxis: Die Stilisierung eines totalitären staatswirtschaftlichen Gesellschaftssystems - das noch nicht einmal als „Übergangsgesellschaft" zwischen Kapitalismus und Sozialismus bezeichnet werden kann - zum für jeden Parteigenossen verbindlichen Ideal sozialistischer Entwicklung und Politik

erzeugt grundsätzliches Unvermögen, Sozialismus glaubwürdig zu definieren und den Pseudo-Sozialismus Osteuropas kritisch zu analysieren. An einem Ideal, einem parteioffiziell verbindlichen Vorbild, kann a priori nichts Wesentliches falsch, defizitär, fehlorientiert sein. Mit anderen Worten: DKP-Kommunisten und -Sympathisanten werden a priori, d. h. vor jeder möglichen eigenen Erfahrung, parteioffiziell festgelegt auf die Bejahung des osteuropäischen ökonomisch-politisch-ideologischen Systems und seiner Politik als eines sozialistischen. Sie werden a priori, vor jeder möglichen Erfahrung, festgelegt auf Nicht-Wahrnehmung, Ablehnung irgendwelcher strukturell falschen, klassenherrschaftlichen, ausbeuterischen, unfreiheitlichen, also: unsozialistischen Elemente in der Sowjetunion und den anderen Gesellschaften des „sozialistischen Lagers“. Es ist daher auch keine zufällige, bloß agitatorische Argumentationsform, sondern beruht auf einer erkenntnisleitenden parteiideologischen Vorentscheidung, wenn DKP-orientierte Linke ausnahmslos schwerwiegende strukturell antidemokratische und antisozialistische Herrschafts- und Wirtschaftsverhältnisse in Osteuropa als „tendenziöse Berichterstattung“ oder als unwesentlich, als vorübergehende geschichtliche „Schwierigkeiten“ und „Widersprüche“ hinwegzuinterpretieren versuchen, die im „antiimperialistischen Kampf des Neuen gegen das Alte“² auftreten. DKP-Anhänger machen sich und andere blind für antidemokratische und antisozialistische Elemente im Sowjetsystem.

Unwahrhaftigkeit des DKP-Programms gegenüber der Demokratie . . .

Sowjet-marxistisch orientierte Programmatik und Agitation bleiben zutiefst unglaubwürdig durch eine unauflösbare theoretisch-praktische Bewußtseinsspaltung: demokratische Haltung und Reformpolitik propagieren zu wollen auf der Basis einer antidemokratischen und antireformistischen Theorie gesellschaftlicher Transformation. Unauflösbar bleibt diese Bewußtseinsspaltung, solange sie sich im Banne einer Sowjethörigkeit und eines Marxismus bewegt, der nicht als eine (selbst kritisch zu überprüfende) analytische Methode in Anspruch genommen wird, sondern als „Weltanschauung“, als unbezweifelbare Welt- und Geschichts(ablauf)deutung: „Die Weltanschauung der Kommunisten ist der Marxismus-Leninismus“, heißt es in These 34 des Düsseldorfer DKP-Programms, und auch im neuen Mannheimer Programm (S. 84) wird dieser die „Weltanschauung der Kommunisten“ genannt. Die Bewußtseinsspaltung begegnet einem auf Schritt und Tritt — insbesondere

- in der verächtlichen Abwertung der „bürgerlichen“, parlamentarischen (beziehungsweise Aufwertung der sowjetischen) Demokratie einerseits — und im Lippen-Bekenntnis zur Verfassung, zur „antimonopolistischen Demokratie“ und zur parlamentarischen Arbeit andererseits;

² So auch im ersten (Düsseldorfer DKP-Programm, These 17). während das neue Programm die Existenz irgendwelcher Defizite im Sowjetsystem schlechtweg verschweigt. Klassisches Beispiel solcher Schönfärberei ist das DDR-Bild der „Marburger Schule“. Autoren Kollektiv, BRD-DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme. Pahl-Rugenstein-Verlag 1971.

- in der Abwertung von Reformpolitik, der Verketzerung der SPD und ihrer jahrzehntelangen reformpolitischen Bemühungen einerseits — und in der ausdrücklichen (natürlich durch die „revolutionäre Perspektive“ legitimierten!) Aufnahme der von der Sozialdemokratie seit hundert Jahren in Angriff genommenen Reformaufgaben sowie in der Forderung der „Aktionseinheit“ mit den Sozialdemokratien andererseits.

Im Rahmen dieses Aufsatzes können die genannten Dimensionen der theoretisch-praktischen Bewußtseinsspaltung: das gespaltene, daher unglaubwürdige Verhältnis zur Demokratie, zum Staat und zur Reformpolitik beziehungsweise SPD naturgemäß nur durch einige wenige beispielhafte Hinweise belegt werden. Für Gewerkschafter entscheidend ist dabei, daß die im folgenden nachzuweisende politische Bewußtseinsspaltung in der Gewerkschaftsarbeit äußerst gefährliche, ja zerstörerische Folgen haben muß: indem Versuche zur Unterdrückung von Kritik des Sowjetsystems (wie auf der Bundesjugendkonferenz des DGB 1978) Gewerkschaftspolitik insgesamt ins Zwielficht bringen - indem die unentwegten Versuche, sozialdemokratische Reformpolitik und Gewerkschaftspolitik grundsätzlich schlechtzumachen und zugunsten größeren DKP-Einflusses einen Keil zwischen Gewerkschaften und ihren wichtigsten politischen Bündnispartner SPD zu treiben, gewerkschaftliche (Reform-)Politik mit Notwendigkeit verunsichern und schwächen muß.

... im Gegensatz zur eurokommunistischen Entwicklung

Naturgemäß mußten die Klassiker des Marxismus angesichts des Dreiklassenwahlrechts (Zensuswahl) sowie aufgrund vieler anderer der Bourgeoisie zur Verfügung stehender Instrumente totaler Niederhaltung der nichtbesitzenden Klassen zu dem Ergebnis kommen, der Staat sei nichts anderes als ein Instrument zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und dies sei in der demokratischen Republik nicht anders als in der Monarchie. Gleichwohl gibt es bereits bei den Klassikern ein ambivalentes Verhältnis zur Demokratie; bereits im Kommunistischen Manifest hieß es, „der erste Schritt auf dem Weg des Proletariats zur herrschenden Klasse sei die Erkämpfung der Demokratie“ - und der späte Engels hat angesichts der sozialdemokratischen Wahlerfolge im Reichstag, zwölf Jahre nach dem Tod von Marx diese erfolgreiche Benutzung des allgemeinen Stimmrechts als eine ganz neue Kampfweise des Proletariats gefeiert. Lenin wiederum hatte, besonders aufgrund seiner russischen Erfahrungen, nichts als Hohn für die Hoffnung übrig, die deutsche Sozialdemokraten in die parlamentarischen Fortschritte setzten, und tat die bürgerliche Verfassung und Demokratie als bloße Verschleierung von Klassenherrschaft ab.

Die großen westeuropäischen kommunistischen Parteien haben daraus ihre Konsequenzen gezogen. Denn sie befanden sich in nicht geringer Verlegenheit angesichts der leninistischen Verachtung der parlamentarischen Demokratie, da sie ei-

nerseits die Demokratie marxistisch-leninistisch nur als ein Herrschaftsinstrument der ökonomisch herrschenden Klasse interpretieren konnten, andererseits aber sich aufgrund ihrer praktisch-politischen Volksfront- oder Koalitions-Konzeption dem Parlamentarismus und der loyalen Mitarbeit unter parlamentarischen Regeln verpflichten müssen. Daher hat die französische KP vor einigen Jahren die einen parlamentarisch-demokratischen Machtwechsel ausschließende marxistische Zentralformel für den sozialistischen Machtwechsel: „Diktatur des Proletariats“ ausdrücklich verworfen. Die spanische KP hat den die Einparteien-Diktatur rechtfertigenden Leninismus insgesamt als ideologische Grundlage verworfen. Und die italienische KP hat sich gerade vor kurzem, Ende März 1979, in einem neuen Grundsatzprogramm ausdrücklich zum ideologischen Pluralismus bekannt, nachdem sie - Mitverfasserin der italienischen Verfassung - sich schon lange ausdrücklich auf die „freiheitlich-demokratischen Grundsätze“ der parlamentarischen Demokratie (Mehrheitsprinzip, Mehrparteienprinzip, Gewaltenteilung, Geltung der Menschen- und Bürgerrechte, Abwählbarkeit der Regierung, et cetera) festgelegt hatte.

In dem ganzen, unendlich wortreichen, sich oft wiederholenden DKP-Programm von 1978 ist von diesen Prinzipien ebensowenig etwas zu lesen wie in ihren „Düsseldorfer Thesen“ von 1971. Die DKP-Programme - wie übrigens die Verlautbarungen aller extremen Linken - reklamieren stets lauthals die „Verteidigung und Erweiterung demokratischer Rechte“ (S. 51 ff.), wenn sie sich *selbst* durch die „streitbare Demokratie“ in ihrem Wirken eingeschränkt fühlen - doch fast nie findet man bei denselben Linken das Bekenntnis zur Respektierung der parlamentarisch-demokratischen Grundordnung, die allein doch den Bestand der einzelnen Grundrechte garantiert; im Gegenteil, diese Grundordnung wird als „bürgerliche Demokratie“, das heißt „eine Form der politischen Herrschaft des Kapitals“ (S.61) verächtlich abgetan!

So findet sich auch immer wieder in der westdeutschen, sowjetmarxistisch orientierten Theorieproduktion die totale Verächtlichmachung der parlamentarischen Demokratie - idealtypisch zum Beispiel in dem Aufsatz von zwei Wortführern der im gesellschaftswissenschaftlichen Fachbereich der Marburger Universität maßgeblichen sowjetmarxistischen Gruppe, Frank Deppe und Georg Fülberth. Die Einsichten des späten Engels sowie die Tatsache, daß das allgemeine Wahlrecht jahrzehntelang Kampfziel der internationalen Arbeiterbewegung war, wird von den Autoren unterschlagen beziehungsweise mit dem Hinweis überdeckt, daß das Eindringen der Arbeiterparteien in den „bürgerlichen Parlamentarismus“ nichts als Oligarchisierung der Arbeiterparteien, Massenentfremdung und Manipulation produziert hätte (S. 109 ff.), um nach 1945 vollends zum Legitimationsschleier von kapitalistischer Interessenpolitik zu verkommen (S. 117 ff.): „Der moderne Parlamentarismus schützt die Macht der Herrschenden dadurch, daß er sie zugleich verschleiert und ihre ständige Akklamation besorgt. In den Wahlen geht immer wieder die Staatsgewalt vom Volke aus', um bei den Oligarchien zu verbleiben: indem die Wähler

scheinbare Entscheidungen treffen, bleiben die eigentlichen Machträger unsichtbar³."

Der DKP gelingt es nicht, angesichts der antidemokratischen und speziell antiparlamentarischen Äußerungen in ihrem Programm sowie angesichts des durchgängigen Antiparlamentarismus ihrer (theoretisch-klassischen wie aktuellen) Wortführer gleichwohl das Bekenntnis zu den Grundsätzen der Verfassung, zur parlamentarischen Arbeit und zur sozialistischen „Umgestaltung“ auf der Basis der im Grundrecht verkündeten demokratischen Prinzipien und Rechte glaubwürdig zu machen. Dabei möchte sie mit einem Teil ihres gespaltenen Bewußtseins gewiß den Weg der kommunistischen Parteien Westeuropas nachvollziehen. Die französische Linksunion gegen den Gaullismus und mehr noch der sich anbahnende „historische Kompromiß“, das antifaschistische Bündnis zwischen christlichen Demokraten, Sozialisten und Kommunisten in Italien, zeigen den Weg der KPs zur demokratischen - und das heißt: parlamentarischen! - sozialistischen Reformpartei überall dort, wo sie eine tatsächlich relevante politische Kraft ist. Die DKP dagegen ist von diesem Weg noch weit entfernt.

Zweifellos nicht nur, nicht einmal primär wegen Lenin und wegen ihrer „Marburger Schule“, sondern vor allem wegen ihrer noch totalen Sowjethörigkeit, die ihrerseits die Fast-Null-Existenz der DKP im parlamentarischen Bereich zur Folge hat. Die DKP ist immer noch für 99 Prozent aller (West-)Deutschen, als was sie Kurt Schumacher bereits 1945 diagnostizierte: „Die Partei einer fremden Macht“ — und daher nicht wählbar. Die DKP aber macht aus der Not eine Tugend und rückt die parlamentarische Demokratie ins Zwielicht. Ihr programmatisches Bewußtsein bleibt gespalten: Einerseits strebt sie nach „Erringung parlamentarischer Positionen“ (S. 35), hofft sie sogar auf eine „antimonopolistische Demokratie“, die einen evolutionären „Übergang zur sozialistischen Umgestaltung“ (S. 68) ermöglicht: „Unter einer antimonopolistischen Demokratie versteht die DKP eine Periode grundlegender Umgestaltung, in der die Arbeiterklasse und die anderen demokratischen Kräfte über so viel politische Kraft und parlamentarischen Einfluß verfügen, daß sie eine ihrer gemeinsamen interessenvertretende Koalitionsregierung bilden

3 F. Deppe/G. Fülberth. Das Parlament - Herrschaftsinstrument oder Kontrollinstanz, in: U. Grewe (Hg.), Herausforderung an die Zukunft, München 1970, S. 109, Zitat S. 117 ff.

4 Damit geht das Mannheimer Programm einen Schritt über das Düsseldorf hinaus. In der entscheidenden These 9 dieses „alten“ Programms wird zwar die „antimonopolistische Demokratie“, „die Erkämpfung einer von der Arbeiterklasse geführten und gemeinsam mit allen antimonopolistischen Kräften getragene Staatsmacht“ „auf der Basis der im Grundgesetz verkündeten demokratischen Prinzipien und Rechte“, als ein Entwicklungsstadium und „ein Bestandteil des Kampfes um den Sozialismus“, als „Weg zum Sozialismus . . . ohne Bürgerkrieg“ programmatisch herausgestellt. Aber es wird im ganzen Düsseldorf Programm nicht ausgesprochen, daß dieses klassisch-evolutionäre Konzept (das allerdings in These 9 zu einem „einheitlichen revolutionären Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“ marxistisch umfrisiert wird!) die Erreichung von parlamentarischen Erfolgen und die Herstellung von linken Koalitionen als ein wesentliches politisches Strukturelement enthalten muß. Der höchst schilleme, in sich widersprüchliche Begriff der „antimonopolistischen Demokratie“ als einer „revolutionären Durchgangsphase schon vor (!) Errichtung des Sozialismus“ (S. 38) ist bereits 1973 in der rein leninistisch argumentierenden Arbeit von J. Bodelle „Die antimonopolistische Demokratie“ (Duwe-Verlag, Berlin [West]) enthüllt worden.

können⁴." Andererseits aber wird der parlamentarischen Demokratie jede Offenheit in Richtung auf sozialistische Transformation abgesprochen und dekretiert: „Jede bürgerliche Demokratie. . . beruht auf der ökonomischen Macht der Kapitalistenklasse. Sie ist in jedem Fall (!) eine Form der politischen Herrschaft des Kapitals, der Herrschaft einer kleinen Minderheit über die Mehrheit. Und selbst die beschränkten Rechte und Freiheiten sind im Kapitalismus stets bedroht. Erst der Sozialismus gibt mit der politischen Macht der Arbeitenden und dem gesellschaftlichen Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln den demokratischen Rechten und Freiheiten . . . eine reale Grundlage" (S. 61).

Die Bewußtseinspaltung ist offenkundig — denn eines geht nur: Entweder hält man linke Koalitionen und damit auch antikapitalistische Systemveränderung im parlamentarischen System für möglich, die durch „fortschrittliche Gesetzgebung" (S. 67), „demokratische Wirtschaftsplanung" (S. 67) usw. den Übergang zum Sozialismus gestatten - oder man verketzert die parlamentarische Demokratie als Herrschaftsform des Kapitals und vertraut statt dessen auf irgendeine - im DKP-Programm in einem vielsagenden Dunkel bleibende - „Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse" (S. 59) plus Sozialisierung der wichtigen Produktionsmittel (S. 59, 61), wonach *erst dann* - „in einer sozialistischen Bundesrepublik" (S. 64) - auch der Parlamentarismus ernst zu nehmen ist. Während nämlich das DKP-Programm für das existierende parlamentarische System kein Wort des Respektes findet, gilt nach der Machtergreifung der „Arbeiterklasse" (was immer das realpolitisch sein mag): „In einer sozialistischen (!) Bundesrepublik werden die gewählten Volksvertretungen die höchsten staatlichen Machtorgane sein" (S. 64). Das kann man logisch nur so deuten: *Erst* — durch außerparlamentarischen Kampf — Machtergreifung und Sozialisierung durch die Arbeiterklasse - *dann* sozialistisch-parlamentarische Demokratie. Da aber „die" Sozialisierung nicht durch „die" Arbeiterklasse außerparlamentarisch realisiert und praktiziert werden kann, gerinnt deren Begriff zu dem einer revolutionären Kaderpartei, die *im Namen* der Arbeiterklasse diese Machtergreifung und Sozialisierung organisiert, der dann eine „wahre sozialistische" Demokratie folgen kann. Im selben Zusammenhang (S. 63) bekennt sich die DKP zwar zu den „demokratischen Traditionen und Errungenschaften", erwähnt dabei „die Mitbestimmungs- und Kontrollrechte der Arbeiter", „das System der kommunalen Selbstverwaltung und die bundesstaatliche Struktur" - nicht aber die grundlegende parlamentarisch-demokratische Verfassungsordnung mit ihren elementaren Bürger- und Menschenrechten.

Fazit: Das alte wie das neue DKP-Programm bleibt unglaubwürdig, bewußtseinsgespalten, weil es im selben Text die parlamentarische Demokratie als Herrschaftsinstrument des Kapitals definiert, an anderer Stelle aber als *nicht* kapitalistisch festgelegt, vielmehr als mögliches Transformationsinstrument mit Hilfe linker Koalitionen bestimmt.

Für Demokratisierung - nur nicht in Osteuropa

Dabei kann man der DKP voll zustimmen, wenn sie in ihren Programmen die Idee einer basisdemokratischen Weiterentwicklung, Verlebendigung und Fundamentierung der parlamentarischen Demokratie entwickelt — ein Gedanke, der allerdings origineller und glaubwürdiger (weil von einer unzweideutigen und realen parlamentarischen Basis aus, nämlich der SPD!) von den Jungsozialisten ausgearbeitet worden ist und von ihnen fast abgeschrieben sein könnte: „Das entscheidende Element des Kampfes der DKP für mehr Demokratie ist das Eintreten für Mitbestimmung und demokratische Kontrolle in allen gesellschaftlichen Bereichen. Hier ergeben sich für die arbeitenden Menschen reale Ansatzpunkte, um unmittelbaren Einfluß auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik zu gewinnen. Hier können günstige Voraussetzungen für eine umfassende Demokratisierung geschaffen werden" (S. 53 f.). Dabei mißt „die DKP . . . dem außerparlamentarischen Kampf, insbesondere den betrieblichen und gewerkschaftlichen Aktionen der Arbeiterklasse sowie der Schüler und Studenten und den demokratischen Bürgerinitiativen entscheidende Bedeutung zu" (S. 35).

Man kann die Aufnahme dieser zentralen reformistischen Strategie⁵ in den DKP-Programmen nur begrüßen - allerdings mit einem sehr gravierenden kritischen Zusatz: Die DKP wird, wenn sie je glaubwürdig werden will, den in ihrem Programm jetzt unaufgelösten Widerspruch aufzulösen haben, der zwischen diesen Bekenntnissen zu einer Demokratisierung aller gesellschaftlicher Bereiche, zum politischen Streikrecht, zu einer optimalen Beteiligung des Volkes im parlamentarischen und außerparlamentarischen Entscheidungsprozeß einerseits — und der Idolisierung der Sowjetunion und der anderen staatswirtschaftlichen Systeme Osteuropas andererseits besteht. Man kann nicht auf der einen Seite die grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft „auf der Basis der demokratischen Prinzipien und Rechte des Grundgesetzes" (S. 67), die Demokratisierung „in allen gesellschaftlichen Bereichen" (S. 53), die umfassende Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten fordern - und andererseits die jede basisdemokratische Regung brutal unterdrückenden Systeme des „realen Sozialismus" zum Vorbild der gesellschaftlichen Entwicklung und des Sozialismus erheben. Im „realen Sozialismus" sind die meisten entscheidenden Grundrechte und Grundprinzipien der Demokratie, zu denen das DKP-Programm sich bekennt, nicht realisiert, und die propagierte Fundamentaldemokratisierung: die Mitbestimmung der Betroffenen in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen wird als Syndikalismus, Anarchismus, jugoslawischer Irrweg oder ähnlich verpönt. Basisdemokratie oder Sowjetsystem - eines geht nur. Die DKP bekennt sich zu beiden - das geht nicht.

⁵ Im Düsseldorfer Programm ist sie in These 14 weitgehend gleichlautend formuliert. Vergleiche zur reformsozialistischen Substanz dieser Strategie meine umfangreiche Arbeit über „Strategien der Demokratisierung" (2 Bd., Darmstadt, Luchterhand, 1973). Dort habe ich diesen strategischen Grundgedanken einer Verlebendigung und realdemokratischen Ausgestaltung des Parlamentarismus durch eine „multifrontale Strategie der Demokratisierung aller gesellschaftlicher Subsysteme" in aller Breite dargestellt.

Unwahrhaftige Aussagen zur Reformpolitik, zur SPD und zu den Gewerkschaften

Es ist in den Darlegungen des gespaltenen Verhältnisses der sowjetmarxistischen Theorie und Praxis zur parlamentarischen Demokratie bereits mehrfach die theoretische wie praktische Bewußtseinspaltung deutlich geworden, die das Verhältnis der Sowjet-Kommunisten zur reformsozialistischen Politik und ihren Organisationen kennzeichnen: Verkettung der „reformistischen Illusionen“ der Sozialdemokraten einerseits - und eifrige Befürwortung der wichtigsten der seit Jahrzehnten von eben diesen Sozialdemokraten aufgestellten und teilweise praktisch-politisch verwirklichten Reformziele andererseits: Mitbestimmung (S. 44 f., These 11 des Düsseldorf-Programms), soziales Mietrecht (S. 39, beziehungsweise These 12), Ausbau des Sozialversicherungsrechts (S. 40, These 13), Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche (S. 53 ff., These 14), demokratische Bildungsreform (S. 47 ff., These 15), Gesamteuropäische Entspannungspolitik (S. 54 ff., These 16) - wobei diese und eine Reihe bedeutsamer, weitergehender Reformziele der DKP als nicht-illusionär qualifiziert werden, weil sie in einem „revolutionären Prozeß“ (These 9) integriert gesehen werden. Das heißt: weil die Kommunisten in ihrer Theorie die „Verbindung von Reform und revolutionärer Umwälzung“ aufrechterhalten, fühlen sie sich über die „Reformisten“ erhaben. Genau dieses gegen die Sozialdemokratie ausgespielte, zwar hohle, aber lautstarke revolutionäre Pathos, das immer neue Bekenntnis zu einer sozialistischen Strategie, „die auf der revolutionären Überwindung der kapitalistischen Macht- und Besitzverhältnisse aufbaut“ (S. 65), und der Führungsanspruch der „revolutionären Partei“ (S. 65) DKP widerlegen alle Lippenbekenntnisse zum reformpolitischen, verfassungsgemäßen, parlamentarisch-demokratischen Weg, der andernorts unverbindlich, immerhin für „möglich“ (S. 66) gehalten wird.

Vollends unglaubwürdig aber wird das politische Konzept der DKP, wenn sie einerseits, für das immerhin für „möglich“ gehaltene „antimonopolistische Bündnis“, „dem gemeinsamen Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten entscheidende Bedeutung“ beimißt (S. 73) - andererseits aber diese selbe Sozialdemokratie verteufelt, da sie sich im Banne der „Politik und Ideologie der rechts-sozialdemokratischen Führer“ befindet, „die das kapitalistische System verteidigen, die Interessen des arbeitenden Volkes denen des Großkapitals unterordnen“ (S. 73).

Die wissenschaftliche Unhaltbarkeit dieser uralten Verschwörertheorie, wonach - spätestens seit 1914! - eine Handvoll Arbeiterverräter in den Spitzen von Partei und Gewerkschaften die linke „Basis“ vom wahren Weg weggeführt hat, braucht hier nicht nochmals dargelegt zu werden⁶. (Alle Wahlen - gerade auch an der „Partei-basis“! - zeigen, daß die Masse der Sozialdemokraten keineswegs weiter links steht als ihre „Führer“ - und Meinungsumfragen bestätigen dies.) Hochbrisant, aber

⁶ Vgl. dazu die sehr aufschlußreiche wissenschaftliche Diskussion mit DKP-nahen Wissenschaftlern in: GMH 4/79: G. Beier, „Fälschung“ oder „Denunziation“, S. 245 ff.

für jeden Gewerkschafter und alle Gewerkschaften wird dieses Hirngespinnst von der „verführten“ Sozialdemokratie, weil genau die Gewerkschaftsarbeit als der Ort aus-
ersehen ist, wo es gilt, die braven Sozialdemokraten von ihren Verführern zu be-
freien - um sie in die Arme der wahren Führer: der „revolutionären“ DKP zu füh-
ren. Dieser „Führerwechsel“ vollzieht sich in drei Schritten: *Erstens*: Sich-An-
schmeißen: „Aktionseinheit“; *zweitens*: Gewerkschaften von der SPD abspalten
(„parteilpolitische Unabhängigkeit“); *drittens*: im DGB Macht gewinnen⁷.

Schritt eins: „Der beste Weg für die Entwicklung der Aktionseinheit ist das Zu-
sammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten am Arbeitsplatz, im Be-
trieb und in den Gewerkschaften . . . In der praktischen Arbeit. . . nimmt die Über-
einstimmung in Grundfragen des Klassenkampfes zu“ (S. 74).

Schritt zwei: Da nun aber die DKP die starken Bindungen vieler Gewerkschafter
an die Sozialdemokratie kennt, kann sie nicht einfach die Parole aufstellen: Geht
weg von der SPD und kommt zu uns. Vielmehr wählt sie einen Umweg. Sie miß-
braucht, einmal in den Gewerkschaften „präsent“, das gewerkschaftliche Autono-
mieprinzip zu einer Strategie der Ablösung der Gewerkschaften von der SPD: „Die
DKP . . . achtet. . . strikt die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften
und wendet sich gegen die Verletzung dieses Prinzips durch christdemokratische und
rechtssozialdemokratische Politiker“ (S. 75).

Dritter Schritt: Nachdem die DKP mit der Autonomie-Parole viele Gewerk-
schafter erst einmal von dem verhängnisvollen SPD-Einfluß freigemacht hat, emp-
fiehl sie selbst sich nunmehr, anstelle der SPD, als der wahre Führer der „Arbeiter-
klasse“: „Das Erstarken der DKP . . . und ihre immer festere Verwurzelung in der
Arbeiterklasse ist eine Grundvoraussetzung für die Veränderung des politischen
Kräfteverhältnisses zugunsten des arbeitenden Volkes. Die Entwicklung der DKP
zu einer Massenpartei ist unerläßlich . . .“ (S. 83).

Dabei haben sich kommunistische Gewerkschafter laut Programm keineswegs
an alle Gewerkschaftsbeschlüsse zu halten, sondern lediglich „für die Verwirkli-
chung der den Interessen der Arbeiterklasse dienenden (!) Gewerkschaftsbeschlüsse
zu kämpfen“, und im übrigen prosovjatische Agitation zu betreiben - was in der
verklausulierten Programmsprache so lautet: „Sie setzen sich dafür ein, . . . daß dem
Antikommunismus in den Gewerkschaften kein Raum gegeben wird“ (S. 75).

Wir wissen inzwischen, daß dieses ideologische und taktisch-gewerkschaftspoli-
tische Konzept keineswegs so phantastisch ist, wie es auf den ersten Blick vielen er-
scheinen mag. Wir wissen, daß teilweise in der Bildungs- und Jugendarbeit der Ge-

⁷ Die systematische ideologische „Fundierung“ dieser Strategie findet sich in der im DKP-nahen Pahl-Rugenstein-Ver-
lag erschienenen Gewerkschaftsgeschichte der „Marburger“. Vgl. dazu die Kritik von Helga Grebing, in: GMH 4/79,
sowie von Gerd Beier im ÖTV-Magazin 3/79 (nachgedruckt in den Funktionszeitschriften der IG Chemie und
GEW).

werkschaften, wo eigene reformpolitische, perspektivenreiche Konzepte und engagierte Arbeit gefehlt haben, das Vakuum durch kommunistische Ideologien und Funktionäre ausgefüllt worden ist, und daß DKP-nahe Funktionäre in einigen lokalen Gewerkschaftsorganisationen, wo kleine aktive Minderheiten in der Lage sind, die Delegiertenversammlungen und Wahlen zu dominieren, nicht mehr zu übersehende Erfolge hatten. Absolutes Wohlverhalten sehr vieler DKP-orientierter Gewerkschaftsfunktionäre und Bereitschaft zu unermüdlicher Organisations- und Gremienarbeit an der Basis haben vielerorts der allzu harmlosen Meinung Vorschub geleistet, solche kommunistische Mitarbeit sei praktisch nützlich und ideologisch leicht zu verkraften.

Das letztere ist ein großer und möglicherweise folgenschwerer Irrtum. Selbstverständlich ist die aktive, praktische Mitarbeit jedes Gewerkschafters - egal welche politische Position er im übrigen vertritt - willkommen. Im Falle der DKP-Mitglieder und -Sympathisanten ist diese Mitarbeit aber nur unter der Bedingung zu verkraften, daß innerhalb der Gewerkschaften weitaus klarer und offensiver als bisher die anhand des DKP-Parteiprogramms dargelegte Ideologie und Taktik der DKP diskutiert und kritisiert wird. Unabsehbarer Schaden für die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik nämlich entstünde, wenn Gewerkschaften, im Banne eines faulen Friedens, Ideologien duldeten, die dem antisozialistischen, totalitären Herrschaftssystem Osteuropas auch nur einen Schimmer von demokratischer oder gar sozialistischer Legitimität zubilligen — und eine Taktik, die im Banne einer heuchlerisch mißbrauchten Autonomie-Parole die in einem Jahrhundert gewachsene reformpolitische, parlamentarische und - in einem mehr als parteipolitischen Sinn! — demokratisch-sozialistische Orientierung zerstört. Gelänge es der DKP-Politik des Machtgewinns in den Gewerkschaften, auch nur beachtliche Minderheiten in diesem Sinne zu desorientieren, so würden Gewerkschaften in einer verhängnisvollen Weise an Ansehen, Mitgliedstärke und realpolitischem Einfluß verlieren. Aus diesem Grund gilt es, bei aller Wertschätzung der gewerkschaftlichen Aktivität DKP-orientierter Mitglieder, sich mit großer Entschiedenheit gegen die Parteipolitik zu wehren, die sie in die Gewerkschaftsarbeit mit einbringen, und die mit den Grundsätzen des Deutschen Gewerkschaftsbundes schlechterdings unvereinbar ist.